

Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik

SP-Hypermoralismus bei der Zuwanderung von Reinhard Wegelin

Seite 2

Kanton Zürich

Realität statt Tabus und Moralkeulen von Karl Heinz Meyer

Seite 3

Aktuell

Stefan Locher neuer SVP-Präsident im Bezirk Affoltern

Seite 4

Parlamentsgemeinden

Erfolgsrezept und Learnings der Wahlen von Simon Binder

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

Ueli Maurer & Beni Fischer in Oetwil a.d.L.

Seite 4

DAMIT DIE SCHWEIZ SCHWEIZ BLEIBT

Warum es am 14. Juni ein JA zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» braucht

Uns ist die Kontrolle entglitten. Die Zuwanderung in die Schweiz bewegt sich schon lange im roten Bereich. Wir alle sehen und spüren die Folgen der massiven Zuwanderung: Wohnungsnot. Immer höhere Mieten. Zubetonierung der Landschaft. Stau und überfüllte Züge. Steigende Kriminalität. Das Gesundheitswesen ist am Anschlag. In den Schulen sinkt die Bildungsqualität. Viele fühlen sich zunehmend fremd im eigenen Land.

Aber es geht nicht nur um Gefühle. Die Zahlen und Fakten sprechen eine eindeutige Sprache:

- Seit Einführung der EU-Personenfreizügigkeit sind netto 1,5 Millionen Zuwanderer in die Schweiz gekommen.
- Die Schweizer Bevölkerung wächst 16 Mal schneller als die in Deutschland.
- Der Ausländeranteil beträgt heute 2414408 Personen. Das sind 28 Prozent der Bevölkerung.
- Gleichzeitig wurden über eine Million Ausländer eingebürgert.
- Aktuell kommen pro Jahr über 100000 Zuwanderer zusätzlich in die Schweiz: aus der EU, aus Drittstaaten und über die Asyl-Schiene.
- Zur Zuwanderungsproblematik gehört auch und insbesondere die Asilmigration. Sie wird in den Statistiken meistens unterschlagen und veruscht.

- Seit dem Jahr 2000 wurden in der Schweiz über 655000 Asylgesuche gestellt. Über die Asylschiene kommen mehrheitlich junge muslimische Männer: aus Afghanistan, Syrien, Somalia, der Türkei usw.
- Wir haben es im Asylbereich mit einer gigantischen Zuwanderung in den Schweizer Sozialstaat zu tun. Über 80 Prozent aller Asylanter beziehen Sozialhilfe. Allein beim Bund geben wir vier Milliarden Franken für das Asylunwesen aus.

Endlos-Spirale stoppen

Wir müssen diese unkontrollierte, schädliche Zuwanderung wieder in normale Bahnen lenken. Wir brauchen wieder eine vernünftige Zuwanderung. Auch für den Erhalt unserer Natur und Umwelt, für unsere Infrastrukturen:

- Pro Sekunde verschwindet rund ein Quadratmeter Grünfläche. Unsere schöne Schweiz wird zubetoniert.
- Man stopft jedes Jahr die Bevölkerung des Kantons Schaffhausen in die kleine Schweiz. Das sind rund 100000 Personen.
- Für 100000 Zuwanderer braucht es zusätzlich 45000 Wohnungen. Es braucht ein Kantonsspital. Es braucht

Tausende zusätzliche Ärzte und Pflegekräfte. Es braucht eine ganze Kantonsschule – und natürlich Schulhäuser, Hunderte Schulklassen und Lehrpersonen. 100000 zusätzliche Einwohner beanspruchen unsere Strassen, unsere Züge, Busse, Freizeitanlagen.

Es ist eine Endlos-Spirale. Die Zuwanderung sorgt für noch mehr Einwanderung. So kann es nicht weitergehen.

Natürlich gibt es ein paar Profiteure dieser masslosen Zuwanderung. Aber der grosse Teil der Schweizer Bevölkerung hat nichts davon – ausser den Problemen und den Kosten. Das Leben wird teurer, die Löhne steigen kaum noch, das Wirtschaftswachstum pro Kopf stagniert. So nimmt der Wohlstand schleichend ab. So darf es nicht weitergehen.

Was will die Initiative?

Die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» will eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung statt einer Bevölkerungsexplosion. Die ständige Wohnbevölkerung darf 10 Millionen bis 2050 nicht überschreiten. Es geht um eine vernünftige Zuwanderung. Auch bei

Keine 10-Millionen-Schweiz!

Schweiz schützen JA

Nachhaltigkeits-Initiative

Die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» will eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung statt einer Bevölkerungsexplosion.

Bild: nachhaltigkeitsinitiative.ch

Annahme der Initiative könnten immer noch rund 40000 Fachkräfte und Personen pro Jahr in die Schweiz zuwandern. Das sind immer noch vier bis fünf Mal mehr, als der Bundesrat bei Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU versprochen: Damals sprachen die Behörden von 8000 bis maximal 10000 Zuwanderern pro Jahr. Es gibt also keinen «starrten Bevölkerungsdeckel». Das sind bewusste Fake News der Gegner.

Für eine massvolle und nachhaltige Zuwanderung braucht es konkrete Massnahmen. Spätestens dann, wenn die ständige Wohnbevölkerung 9,5 Millionen überschreitet, muss der Bundesrat Massnahmen treffen – insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug.

Asylmigration

Es kann nicht sein, dass jedes Jahr Zehntausende Asilmigranten aus der ganzen Welt in die Schweiz kommen und sich in unserem Sozialstaat breitmachen

oder kriminell werden. Dafür wurde das Asylwesen nicht geschaffen.

Familiennachzug

Dass Arbeitsmigranten ihre engsten Familienangehörigen mitnehmen wollen, ist klar. Nach gesundem Menschenverstand gehören dazu Ehepartner und minderjährige Kinder. Aber das EU-Recht

«Wir müssen die Endlos-Spirale der Zuwanderung endlich stoppen.»

geht viel weiter: Es dürfen auch erwachsene Kinder, Enkel, Eltern kommen und sogar Grosseltern und Schwiegereltern. Das muss korrigiert werden.

Wir wollen, dass die Schweiz Schweiz bleibt. Dafür müssen wir die Zuwanderung begrenzen. Dafür braucht es am 14. Juni ein JA zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!».



Thomas Matter
Nationalrat SVP
Meilen

Kompass Kongress 2026

Klartext zur Zukunft Schweiz-EU

Mittwoch, 27. Mai 2026, 19:00 Uhr
The Hall, Dübendorf

Führende Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft diskutieren über die Folgen der EU-Verträge für die Schweiz.

Unter anderem mit:

Ständeräte Severin Brüngger und Hans Wicki sowie den Unternehmern Giorgio Behr und Fredy Gantner.

Moderiert wird der Kongress von Reto Brennwald, Myriam Locher und Markus Somm.



Sichere dir dein Ticket für CHF 10.– bei Eventfrog



Bewahren, was wir lieben.

nachhaltigkeitsinitiative.ch



Christoph Mörgeli

Gemeingefährliches Gelaber

1986 stand in der «NZZ» zu lesen: «Das aussenpolitische Leitmotiv der Schweiz ist – wir wissen es alle – ihre dauernde bewaffnete Neutralität. Wir haben uns für sie entschieden und halten daran fest, nicht weil wir sie als Axiom oder Selbstzweck betrachten, sondern weil sie der Berufung und den Bedürfnissen unseres Landes entspricht und sich als bestes Mittel erwiesen hat, unsere Eigenständigkeit und unsere Rolle in der Welt zu gewährleisten.»

2026 steht in der «NZZ» zu lesen: «Neutralität schützt nicht vor Krieg». Der Autor dieser Erkenntnis heisst Leon Igel. Er ist 1995 in Fulda in der Bundesrepublik Deutschland geboren und immerhin seit 2024 Redaktor bei der «NZZ». Dort fühlt sich der Dreissigjährige berufen, den Schweizern den Unwert ihrer Neutralität und «die Geschäfte mit den Nazis» zu erklären. Und wie begründet der germanische Germanist seine Erkenntnis? Mit der Tatsache, dass im Iran-Krieg die Golfstaaten Angriffsziel des Teheraner Regimes geworden sind.

Der Vergleich der Golfstaaten mit der schweizerischen Neutralität ist etwa so logisch wie eine Abhandlung über einen brennenden Schneemann. Analyst Leon Igel muss denn auch zugeben: «Doch in den Golfstaaten befinden sich zahlreiche Militärbasen der Amerikaner. Sie erlauben Washington zudem, strategisch wichtige Infrastrukturen wie Häfen zu nutzen.» Selbstverständlich ist darum für den Iran der Freund des Feindes ebenfalls ein Feind. Was die Beschiessung der Emirate, Saudi-Arabiens, Katars und Kuwaits erklärt. Wer einigermaßen bei Verstand ist, kann aus den kriegerischen Ereignissen im Nahen und Mittleren Osten beim besten Willen keine Gefährdungssituation für die Schweiz ableiten. Denn es gibt hierzulande bekanntlich weder US-Militärstützpunkte noch US-Marinehäfen. Mit solchen Argumenten unsere immerwährende, bewaffnete Neutralität abzuwracken und uns in die zerfallende NATO zu führen, ist gedankenlos, ja gemeingefährlich. Denn so holt man den Krieg ins Land. In Leon Igels Heimat würde man sagen: Es ist das Gelaber eines Döskopps, eines Dussels, eines Dummerjahns.

MEDIENMITTEILUNG DER SVP SCHWEIZ

EU-Vertragspaket: Das Volk soll einmal mehr an der Nase herumgeführt werden

Die EU-Turbos im Bundeshaus wollen jetzt plötzlich das EU-Vertragspaket aufteilen. Sie tricksen und täuschen mit allen Mitteln. Denn die Anketzung der Schweiz an die EU bringt für uns nur Nachteile.

Das Volk soll einmal mehr an der Nase herumgeführt werden: Gemäss der «Sonntagszeitung» wollen verschiedene Politiker der FDP, SP und Die Mitte das EU-Vertragspaket aufteilen. Sie wollen plötzlich zwei Abstimmungstermine. FDP-Nationalrat Simon Michel äussert sich gewohnt herablassend: «Es ist zu komplex, um alles am gleichen Sonntag dem Volk vorzulegen.» In Wahrheit hat EU-Befürworter Michel aber Angst, dass die EU-Verträge an der Urne scheitern. Darum greift er in diese Trickkiste.

Der Plan der FDP-SP-Mitte-Allianz sieht vor, dass zuerst über den sogenannten «Stabilisierungsteil» abgestimmt wird und erst später über die neuen Abkommen. Die EU-Turbos haben Angst bekommen, weil insbesondere das neue Stromabkommen für Kritik sorgt. Vor allem bei den Kantonen und Kantonsvertretern: Diese sind besorgt, dass die kantonalen Elektrizitätswerke von der EU entmachtet werden und dass die EU auf unsere Wasserkraftreserven zugreift.

Für SVP-Präsident Marcel Dettling ist völlig klar, welches Spiel getrieben wird: «Zuerst hat man gesagt, man brauche das ganze EU-Vertragspaket, um ein Stromabkommen zu bekommen. Jetzt sagen die gleichen Leute, das Vertragspaket müsse auseinandergenommen werden wegen des Stromabkommens. Es stinkt zum Himmel.»

EU-Unterwerfung wird als harmlose «Stabilisierung» verkauft

«Sie versuchen einmal mehr, die Bevölkerung zu täuschen», so Vizepräsidentin Magdalena Martullo-Blocher. «Der sogenannte 'Stabilisierungsteil' soll als Fortsetzung der bisherigen Bilateralen verkauft werden. Dabei umfasst er neu die automatische Übernahme von EU-Recht und den EU-Gerichtshof als höchste Instanz. Die Schweiz muss EU-Strafen übernehmen und per Vertrag Milliardenzahlungen leisten. Das ist alles neu! Die EU bestimmt, wir müssen uns unterwerfen. Mit diesem harmlos klingenden 'Stabilisierungsteil' ist die Schweiz gebunden und gefesselt für alle Zeiten. Auch für alle weiteren Binnenmarkt-Verträge, die noch folgen werden.»

Die neuen Abkommen (Strom, Lebensmittel, Gesundheit) zeigen klar, wie die Anketzung an EU-Recht für die Schweiz nur Nachteile bringt. Das Stromabkommen ist faktisch gescheitert und damit auch der Vorwand für die institutionelle Unterordnung der Schweiz. Das EU-Vertragspaket bringt auf der ganzen Linie nur Nachteile. So auch im «Stabilisierungsteil»: «Zum Beispiel wird die Zuwanderung aus der EU weiter angeheizt», bilanziert SVP-Nationalrat Pascal Schmid. «Nach fünf Jahren erhalten alle ein Daueraufenthaltsrecht und können für immer bleiben. Sogar wenn sie kriminell sind. Ausserdem wird der Familiennachzug nochmals

ausgebaut, sogar pflegebedürftige Verwandte und Schwieger-Grosseltern dürfen kommen und bleiben. Die Zuwanderung in den Schweizer Sozialstaat wird stark zunehmen. Wir zahlen.»

Sie wollen unser Schweizer System ausschalten

Profilierungspolitiker wie Simon Michel (FDP), Eric Nussbaumer (SP) und Elisabeth Schneider-Schneiter (Die Mitte) wollen keine fundierte Arbeit in den Kommissionen und im Parlament, damit die verheerenden Auswirkungen für die Schweiz nicht aufgedeckt werden können. Sie wollen den «Stabilisierungsteil»

teil» unter dem Fake-Titel «Bilaterale II» noch vor den Wahlen 2027 durchdrücken. Weil sie die EU-Debatte im Wahlkampf fürchten.

FDP-, Mitte- und SP-Parlamentarier schalten das System der Schweiz mit Demokratie und Föderalismus jetzt schon aus – noch bevor der Unterwerfungsvertrag in Kraft ist! Sie agieren bereits als Vasallen von Brüssel. Auf Kosten unserer Demokratie und auf Kosten der Schweizerinnen und Schweizer.

Zeigen Sie Flagge und bestellen Sie kostenlos Ihre Fahne:



Die EU-Turbos um FDP, SP und Die Mitte haben Angst vor dem Volk – und dies aus gutem Grund. Bild: SVP Schweiz

SP-DOYEN RUDOLF STRAHM SPRICHT KLARTEXT

Unnötiger «Hypermoralismus» bei der Zuwanderung

Der Sozialdemokrat und Alt Nationalrat Rudolf Strahm kritisiert in der «NZZ» seine Partei für ihren «Hypermoralismus bei der Zuwanderung». Er äussert Verständnis für jene, die Ja zur «10-Millionen-Schweiz»-Initiative sagen werden.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Strahm sagt gegenüber der «NZZ», dass er Verständnis habe, wenn die SP die Initiative ablehne. Sie könne gar nicht anders, denn sonst würde es zur Spaltung kommen. Strahm wirft den Geg-

nern der 10-Millionen-Initiative vor, mit den Warnungen vor einer Kündigung der Personenfreizügigkeit «leere Angstmacherei» zu betreiben.

Taktisch unkluges «blankes» Nein

Der ehemalige Preisüberwacher kritisiert bei seiner Partei zwei Dinge. Erstens habe die SP kein Konzept, wie sie mit der Vorlage umgehen soll. Ihr «blankes» Nein sei taktisch unklug. Die Partei hätte für ihre Ablehnung doch Bedingungen stellen müssen: Massnah-

men gegen die Wohnungsnot, zur Berufsintegration von Migranten, zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in der Pflege. So ignoriere die SP nicht nur jene Wähler, die wegen der Zuwanderung besorgt sind, sondern habe es gleichzeitig unterlassen, für diese Klientel wenigstens etwas herauszuholen, sagte Strahm der «NZZ».

«Schriller Abstimmungskampf»

Strahm kritisiert weiter den «schrillen Abstimmungskampf». Und eine Debatte «auf erbärmlichem Niveau». Er nennt die Worte der Gegner wie «Chaos» und «Chaos-Initiative» «rhetorisches Tieffliegen» und «Killerphrasen». «Menschen bis weit ins linke Lager sind bei der hohen Zuwanderung mindestens besorgt», sagt der ehemalige Nationalrat. Strahm macht zudem eine Wachstums-müdigkeit fest. Die untersten 20 bis 40 Prozent der Bevölkerung hätten, je nach Region, in den letzten zehn Jahren nur an Kaufkraft eingebüsst, weil Mieten, Krankenkassenprämien und Verkehrskosten viel stärker gestiegen seien als die Durchschnittsteuerung. Strahm stellt der SP die Gretchenfrage: «Wie geht die SP mit diesen sozialen Folgen als einmalige Partei der Arbeiter um?»

Die SP befürchte, dass man die Migrationsprobleme nur anheize, wenn man sie benenne und angehe. «Die SVP ist die heutige Partei der Arbeiter», stellt Strahm fast lapidar fest. Vor allem, weil sie den Arbeitern eine Identität anbiete.

Unheimliche kosmopolitische Klasse

Es habe sich in aller Stille – in der Schweiz und in Europa – eine «kosmopolitische Klasse» gebildet, so der Ökonom Strahm. Sie bestehe aus Konzernchefs, Diplomaten, Beamten, Professoren, linksliberalen Politikern, NGO-Aktivisten: Für sie sei Migration per se etwas Positives. Manche, auch SP-Expo-

nenten, forderten sogar eine Welt ohne Grenzen, analysiert Strahm.

Sozialhilfe ohne Gegenleistung

Die Massenmigration von heute sei eine Armutsmigration von wirtschaftlichen Flüchtlingen und selten eine von Menschen, die nach der Genfer Konvention an Leib und Leben bedroht seien, konstatiert Alt Nationalrat Strahm. Das wolle man bei der SP gar nicht auseinanderhalten. Und bei der Wirtschaft gelten alle diese Menschen als Fachkräfte. So komme es bei der «10-Millionen-Schweiz»-Initiative zu dieser «wundersamen Koalition aus Linken, economics und den Konzernkadern». Strahm bezeichnet dies als «subtile Brandmauer».

3 000 junge Maturanden, die jedes Jahr gerne Medizin studieren wollten, würden laut Strahm wegen des Numerus clausus nicht zum Medizinstudium zugelassen. Tausende, vor allem junge Frauen, würden nicht zu Fachangestellten ausgebildet, weil die Rekrutierung im Ausland für die Spitäler einfacher sei. «Wir sind grosszügig, fördern viel – aber fordern zu wenig.» Wenn jemand in die Schweiz komme, sei er arm und zu bedauern. Also werde mit Sozialhilfe geholfen – laut Strahm «ohne Gegenleistung». Ein Ja zur Initiative würde für «heilsamen Druck» sorgen.

SP: Lieber gerechtere Verteilung der «Wohlstandsgewinne»

Die SP wurde von Rudolf Strahm in der «NZZ» arg zerzaust. Wie reagiert die linke Bundesratspartei? Gemäss «Blick» wies Samuel Bendahan, Waadtländer Nationalrat und Co-Präsident der Bundeshausfraktion, alle Vorwürfe zurück. Er nannte Strahms Argumente einen «Rundumschlag», der nicht nachvollziehbar sei. Statt mit einer Drosselung der Zuwanderung zu reagieren, will die Partei weiterhin die sinkende Kaufkraft durch eine gerechtere Verteilung der «Wohlstandsgewinne» bekämpfen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund nahm konkret keine Stellung zu Strahms Vorwürfen.



Alt SP-Nationalrat Rudolf Strahm kritisiert den «Hypermoralismus» seiner Partei in der Zuwanderungsfrage. Bild: SVP Kanton Zürich

BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

Perlen aus Absurdistan

Hier hatten wir schon die Freigängerkatzen, die die armen Vögelein grausam ermorden, obwohl das Jagen zu ihrem Naturell gehört. Anschliessend durften wir uns den diskriminierten menstruierenden Frauen annehmen, denen man bitteschön gratis Menstruationsartikel zur Verfügung stellen soll. Und jetzt schafft es eine neue Spezies in die «Perlen aus Absurdistan»-Reihe. Heute wenden wir uns den menopausalen Frauen zu.



Romaine Roggenmoser
Kantonsrätin SVP
Büllach

Wenn man die Anfragen liest, hat man das Gefühl, dass Frauen von der Menopause wie von einem bösen Tier überfallen werden. Da wird munter ein Antrag der CDU/CSU aus Deutschland zitiert, der die Wechseljahre als «genuin gesundheitspolitisches Thema» identifiziert hat. Hoppala, schön hat uns der grosse Kanton wieder einmal erklärt, wo die wirklichen Probleme liegen. Und schwupps, soll sich der Kanton Zürich auch darüber den Kopf zerbrechen, wie die Bevölkerung – übrigens explizit auch die männliche – über die gesundheitspolitisch relevante Menopause aufgeklärt werden kann. Der Regierungsrat soll dann bitte auch gleich Auskunft darüber geben, wie wohl die betroffenen Frauen an nötige Informationen gelangen, um ihre «Gesundheitskompetenz und ihre Selbstwirksamkeit zu stärken». Es ist den Fragestellerinnen offenbar entgangen, dass dieses Wissen seit Ewigkeiten von Generation zu Generation weitergegeben wird. Eine kurze Google-Suche (ich bin etwas altmodisch, da schon in der Menopause) ergibt eine schier unüberblickbare Fülle an Informationen – von Symptomen bis zur Bekämpfung poppen abendfüllende Textbeiträge auf. Mit KI wird das Ganze vollends unübersichtlich. Trotzdem wünschen die Damen Kantonsrätinnen noch eine Informationsplattform, die vom Steuerzahler berappt werden soll.

Alles kann zu einem Problem gemacht werden

Da die Wechseljahre aus Sicht der Anfragerinnen nicht etwas Privates bzw. Persönliches sind, befasst sich der zwei-

te Vorstoss mit den Auswirkungen der Menopause am Arbeitsplatz. Ganz offensichtlich verorten die Kantonsrätinnen erhebliche negative Auswirkungen auf die Volkswirtschaft, wenn nun alle Ü50 sich wegen allfälliger Beschwerden krankschreiben lassen. Vielleicht verwechseln die Damen aber schlicht die Generationen. Denn nur, weil sich die Gen Z jetzt offensichtlich wegen Periodenschmerzen krankschreiben lässt, heisst das nicht, dass die Boomer-Frauen, die jetzt in die Wechseljahre kommen, etwas Natürliches plötzlich auch als krank einordnen. Ohne die Wechseljahre schönreden zu wollen: So sind die geforderten Massnahmen, wie etwa eine kantonale – eine weitere – Fachstelle für dieses Thema doch sehr übertrieben.

Schon fast lustig erscheint da die Forderung nach Präventionsmassnahmen. Wie bitte? Wird von der Regierung erwartet, dass sie künftig die Menopause verhindern soll? Und falls mit Präventionsmassnahmen gemeint ist, wie man Fehlzeiten am Arbeitsplatz minimieren kann, dann hätte ich noch ein paar andere Vorschläge: nämlich wieder mehr Eigenverantwortung, weniger Nanny-State oder zu Deutsch weniger Kindergarten-Staat, der einem das Denken und jegliche Entscheidungen abnimmt. Dass die Anfragerinnen wiederum auf eine deutsche Studie verweisen, zeigt einmal mehr eindrücklich, wie wir uns hier bei der EU anbietern bzw. Probleme der EU übernehmen, die bei uns bis jetzt noch gar keine Probleme sind und nur durch solche Vorstösse zu Problemen werden. Nicht zuletzt auch, weil sie von unserer Presse dann zu Problemen hochgeschrieben werden. Die Studie, auf die referenziert wird, hat Berliner Wurzeln. Und die Institution, die so offiziell wirkt – «The Women Circle – Meno Health. Clinical Evidence.» – ist eine Verkaufsplattform für – Überraschung – allerlei «Wechseljahrmittel-

chen». Mit geschicktem Marketing wird ein wissenschaftlicher Anstrich verpasst, indem noch eine Universität eine unnötige Studie macht – finanziert von ebendieser «Mittelchen-Firma», subventioniert von diversen staatlichen Institutionen. Auch das ist natürlich keine Überraschung, weil der Staat sich ja auf jeden Fall mit solchen woken Themen beschäftigen muss und so auch gleich noch ein paar hochbezahlte Studienabgänger ein gesichertes Einkommen haben.

Einmal mehr Steuergelder vergeuden

Und jetzt muss die Verwaltung also elegant darlegen, wie sie dem Steuerzahler Geld aus der Tasche ziehen will, damit sich der Kanton als Arbeitgeber «des Phänomens Wechseljahre und der Folgen auf die Arbeitsverhältnisse der weiblichen Angestellten bewusst wird» und ob Arbeitsmodelle bestehen, die den Verbleib der betroffenen Frauen im Job fördern.

Als kostengünstigere Variante biete ich den orientierungslosen Kantonsrätinnen an, sich vertrauensvoll an mich zu wenden. Da ich mich bereits im entsprechenden «Zeitfenster» befinde, kann ich sehr gerne einschlägige Informationen zur Verfügung stellen – und das sogar, ohne dass der Steuerzahler dafür belästigt wird.



Für gewisse Kantonsrätinnen scheint die Menopause das derzeit grösste Problem in unserem Kanton zu sein.

Bild: Adobe Stock

WORTE DES PARTEISEKRETÄRS

Schlachten, aber «noch» nicht den Krieg gewonnen...

Auch wenn es in der aktuellen geopolitischen Lage vielleicht unklug ist, von Schlachten und Kriegen zu sprechen, wende ich diese Metapher trotzdem an...

Wenn Sie diese Zeilen lesen, stehen wir zwei Tage vor der nächsten Schlacht, nämlich einem weiteren Wahlgang in einigen Gemeinden im Kanton Zürich für die Gemeindewahlen. Es gilt also, nochmals alle Mittel in den Kampf zu werfen, damit unsere SVP in den Gemeinden – insbesondere in den Parlamentsgemeinden Dübendorf, Kloten, Uster, Wädenswil und Wetzikon – die nächsten Siege einfahren kann. Aber die nächsten Schlachten stehen bereits vor der Tür...

Optimistisch für den Sonntag

In zwei Tagen wissen wir also, ob wir auch in den verbleibenden Gemeinden, die noch keine Gemeindewahlen hatten, die nächsten Zugewinne erzielen konnten. Ich bin optimistisch, dass es uns dank des immensen Einsatzes der Sektionen und Verantwortlichen in den Gemeinden nochmals gelingt, weitere Zugewinne in Parlamenten sowie Rechnungsprüfungskommissionen, Schulpflegen und Gemeinderäten, aber auch in weiteren Behörden, zu erreichen. Herzlichen Dank allen, die für den anstehenden Sonntag, aber auch bereits für die Wahlen vom 8. März auf der Strasse gestanden sind und mit Standaktionen und weiteren Massnahmen zu unserem gemeinsamen Erfolg beigetragen haben. Ich bin mir sicher, dass wir diesen Elan miteinander mitnehmen werden, um die nächste Schlacht gegen die anderen Parteien zu gewinnen.

tragen haben. Ich bin mir sicher, dass wir diesen Elan miteinander mitnehmen werden, um die nächste Schlacht gegen die anderen Parteien zu gewinnen.

Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!»

Wie so oft stehen wir alleine gegen eine vermeintliche Übermacht an der Kampffront. Aber wer wären wir von der SVP, wenn wir diese Herausforderung nicht annehmen und uns diesem Abstimmungskampf stellen würden, vielleicht sogar im Wissen, dass auch dieser scheinbar unmögliche Sieg Tatsache werden kann und wird. Dafür braucht es aber unmittelbar nach den Gemeindewahlen vom 12. April einen nahtlosen Übergang zur nächsten Schlacht. Nur wenn wir noch vereinter, noch kräftiger, mit noch mehr Engagement und Zuversicht gegen die masslose Zuwanderung kämpfen und allen anderen zeigen, dass wir unsere Schweiz so bewahren wollen, wie sie ist, ist unser Sieg auch am Abstimmungssonntag vom 14. Juni 2026 möglich. Deshalb gilt ab Montag nur noch ein Motto: «Bewahren, was wir lieben», und engagieren wir uns – auch wenn es fast nicht mehr geht – noch entschlossener und intensiver für unsere Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!».

Bereits konnten wir Hunderte von Fahnen mit unserem Motto verschicken, aber ich sehe noch NICHT genügend aufgehängte Fahnen. Die Abstimmungsplakate und -blachen werden schon bald an die Sektionen und Mandatsträger ausgeliefert. Mit eurer Hilfe sind wir bereit, diese Abstimmungen anzugehen und schlussendlich zu gewinnen – auf dass wir unseren politischen Gegnern bereits ein erstes Zeichen zeigen können, in welche Richtung sich die Wahlen im kommenden Jahr mit Kantons- und Regierungsratswahlen im Frühjahr und den National- und Ständeratswahlen im Herbst entwickeln werden. Mein Feuer für den intensivsten Abstimmungskampf ist entfacht, ich hoffe sehr, auch euer Feuer lodert und brennt bereits ebenso unaufhaltsam.

Material weiterhin verfügbar

Habt ihr noch keine Fahne, keinen Autokleber oder wisst ihr noch nicht, wie ihr unsere Initiative unterstützen könnt? Dann meldet euch bei mir; unsere Partei ist für jede Unterstützung dankbar.



von
Marco Calziglia

KOMMENTAR ZUR NACHHALTIGKEITS-INITIATIVE

Darum geht es am 14. Juni



Karl Heinz Meyer
Kantonsrat SVP
Neerach

Immer wieder wird kolportiert, dass nur die Zuwanderung die Probleme der Wirtschaft und der AHV lösen könne. Seit 2002 ist das Freizügigkeitsabkommen mit der EU in Kraft und hat unsere Gesellschaft massiv verändert.

Seither ist die Zahl der Ausländer von 1,5 auf 2,5 Millionen gewachsen. Rechnet man noch die 900 000 Eingebürgerten hinzu, leben rund 3,4 Millionen «Nicht-Eidgenossen» in der Schweiz. Auch die Grenzgänger haben sich seither auf über 400 000 Personen um das Zweieinhalbfache erhöht. Und was heisst das für die AHV?

Im Moment beziehen rund 2,9 Millionen Personen eine AHV-Rente. Fast eine Million Renten, also rund 34 Prozent, fliesen ins Ausland. Dies bedeutet, dass 2024 rund 7,5 Milliarden Franken aus der AHV ins Ausland überwiesen wurden.

Die Masseneinwanderung der letzten 15 Jahre hat Europa und insbesondere die Schweiz vor Herausforderungen gestellt, die in der öffentlichen Debatte oft verdrängt oder moralisch delegitimiert werden. Während kulturelle Vielfalt und wirtschaftliche Impulse gern hervorgehoben werden, bleiben die messbaren negativen Folgen für Sicherheit, Wohnungsmarkt und Sozialsysteme weitgehend unbeleuchtet. Dabei handelt es sich nicht um Vorurteile, sondern um empirische Realitäten, die sich in offiziellen Statistiken widerspiegeln. Eine ehrliche Analyse darf diese nicht ignorieren.

Im Bereich der Kriminalität zeigt sich die überproportionale Belastung durch bestimmte Zuwanderergruppen. 2025 stellen in der Schweiz Ausländer bei einem Bevölkerungsanteil von rund 27 Prozent etwa 58 Prozent aller polizeilich Beschuldigten. Besonders stark überrepräsentiert sind Asylsuchende und Personen aus bestimmten Herkunftsregionen bei Gewalt- und Eigentumsdelikten. Ähnliche Muster zeigen sich in Deutschland: Ausländer (ca. 15 Prozent der Bevölkerung) machten 2024 41,8 Prozent der Tatverdächtigen aus – und selbst ohne reine Ausländerrechtsdelikte noch 35,4 Prozent. Seit 2015 hat die Zuwanderung die Kriminalitätsbelastung in Städten spürbar erhöht, insbesondere bei Messerstechereien, Gruppengewalt und Sexualdelikten. Das ist keine Frage von «Rasse», sondern von kultureller Prägung, Bildungsniveau, Selektion der Zuwanderer und fehlender Integrationsbereitschaft bei Teilen der Gruppe. Die Folge: höhere Opferzahlen unter Einheimischen, überlastete Polizei und ein sinkendes Sicherheitsgefühl in Quartieren, in denen früher niemand die Tür abschliessen musste.

Weiter führt Bevölkerungswachstum durch Einwanderung zu einer Wohnungsnot. In der Schweiz wächst die Bevölkerung seit Jahren fast ausschliesslich durch Netto-Zuwanderung. Allein 60 Prozent der zusätzlichen Wohnraumnachfrage gehen auf Migration zurück. In Zürich und anderen Agglomerationen liegt die Leerstandsquote bei mageren 1,3 Prozent, während Mieten und Immobilienpreise weiter explodieren. Familien mit mittlerem Einkommen werden aus den Städten verdrängt, junge Schweizer finden keine bezahlbare Wohnung mehr. Die Infrastruktur – Schulen, Krankenhäuser, Verkehr – kommt mit dem Tempo nicht mit. Masseneinwanderung ohne gleichzeitigen massiven Wohnungsbau ist ein Rezept für soziale Spannungen: Konkurrenz um knappen Wohnraum, steigende Nebenkosten und ein Gefühl der Überfremdung in den eigenen Vierteln. Politiker sprechen von «Wohnungsbauprogrammen», während die Zahlen zeigen, dass der Zuzug schneller ist als jeder Neubau.

Zudem birgt die Belastung der Sozialsysteme massive Gefahr für die fiskalische Nachhaltigkeit. Die Kosten für Asyl- und Sozialhilfe belaufen sich in der Schweiz auf Milliarden von Franken – pro Jahr. Viele Zuwanderer aus Nicht-EU-Ländern bleiben langfristig auf Transferleistungen angewiesen – die Erwerbsbeteiligung ist bei Asylgruppen deutlich niedriger als bei Arbeitsmigranten. In Deutschland rechnen seriöse Studien (etwa von Bernd Raffelhüschen) mit einem langfristigen fiskalischen Defizit in Billionenhöhe allein durch die Zuwanderung seit 2015. Die Schweiz kennt vergleichbare Belastungen: höhere Ausgaben für Sozialhilfe, Gesundheitsversorgung und Integrationsmassnahmen, während die Beitragszahler – vor allem die einheimische Mittelschicht – die Rechnung begleichen. Das Rentensystem, die AHV und die Krankenversicherung geraten unter Druck. Wer ernsthaft von «Be-reicherung» spricht, ignoriert, dass eine unselektive Masseneinwanderung Nettokosten produziert, die künftige Generationen tragen müssen.

Die Debatte darf nicht länger von Tabus und Moralkeulen bestimmt werden. Wer die negativen Folgen benennt – höhere Kriminalität, verschärfte Wohnungsnot, überlastete Sozialsysteme – ist nicht «rechts», sondern realistisch. Eine verantwortungsvolle Politik müsste auf klare Selektion nach Qualifikation und Integrationswillen setzen, konsequente Abschiebungen bei Straftätern durchführen und die Zuwanderung auf ein verträgliches Mass reduzieren. Die Schweiz hat dank ihrer direkten Demokratie die Chance, diese Korrektur selbst vorzunehmen. Die Daten liegen auf dem Tisch. Sie zu ignorieren ist keine Humanität, sondern Fahrlässigkeit gegenüber der eigenen Bevölkerung.

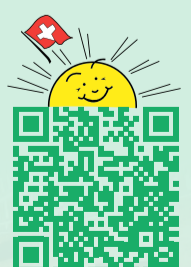
Und darum müssen wir am 14. Juni JA zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» stimmen.

AKTUELLE MEDIENMITTEILUNG



Glattalbahnverlängerung JA
Überteuerter Veloweg NEIN

Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



NEIN ZUR UNTERWERFUNG

Was die neuen EU-Verträge wirklich bedeuten: Weniger Schweiz, mehr Brüssel

Die neuen EU-Verträge wirken technisch und harmlos. Doch hinter den nüchternen Begriffen steht ein Umbau, der tief in unsere demokratische Ordnung und freiheitlichen Werte eingreift, die die Schweiz stark gemacht haben.



Ralph Studer
Stiftung Zukunft CH

Seit Monaten ist wieder von den neuen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU die Rede. Was als «Modernisierung» erscheint, ist im Kern die Rückkehr des 2021 gescheiterten Rahmenabkommens – nur unter neuem Titel und mit stärkerer institutioneller Bindung. Die Schweiz müsste EU-Recht übernehmen und den Europäischen Gerichtshof als letzte Instanz akzeptieren. Damit würde der bilaterale Weg enden.

Fremdbestimmung statt Partnerschaft

Die neuen Abkommen sehen vor, dass EU-Institutionen künftig über zentrale Bereiche wie Soziales, Wirtschaft und Gesundheit mitbestimmen. Besonders heikel sind die Ausgleichsmassnahmen: Sanktionen, die greifen, wenn die Schweiz demokratisch anders entscheidet als die EU. Damit gerät der Stimmbürger unter Druck. Die direkte Demokratie würde geschwächt, der Föderalismus ausgehöhlt und das Bundesgericht verliere an Bedeutung. Die Schweiz würde in ein System gedrängt, das auf Vereinheitlichung und Zentralisierung beruht – eine Entwicklung, die unserer freiheitlichen Staatsordnung widerspricht.

Werte unter Druck

Trotz dieser Folgen treibt der Bundesrat die Abkommen voran. Damit geraten nicht nur politische Strukturen, sondern auch Werte unter Druck – Freiheit, Verantwortung, Gemeinsinn und eine christlich geprägte Kultur des Masshaltens. Die Verträge drohen, die belastete Migrationslage weiter zu verschärfen, mit zusätzlichen Belastungen für den sozialen Frieden.

Hintergründe, die man kennen sollte

Stiftung Zukunft CH hat deshalb eine Sonderausgabe zu den neuen EU-Verträgen erarbeitet. Sie zeigt, was diese Abkommen bedeuten, welche Werte auf dem Spiel stehen und warum eine institutionelle Anbindung an die EU unser Land langfristig schwächen würde.

Die Entscheidung liegt bei uns

Wer wissen will, wohin die Reise führt, findet in dieser Sonderausgabe Orientierung. Und wer sich ein eigenes Bild machen will, bekommt dort die nötigen Informationen – klar und ohne Beschönigung.

Es liegt an uns, ob wir unsere Freiheit bewahren – oder sie schrittweise aus der Hand geben.

Die erwähnte Sonderausgabe «Die neuen Verträge Schweiz-EU: Zwangsheirat mit einer schlechten Partie» liegt dieser Ausgabe des Zürcher Boten bei.



Es liegt an uns, unsere Freiheit zu bewahren.

Bild: Adobe Stock

MEDIENMITTEILUNG DER SVP WINTERTHUR

Strukturelles Defizit – endlich verspricht der Stadtrat zu handeln

Die Stadt Winterthur weist für die Rechnung 2025 einen Rechnungsüberschuss von 64 Millionen Franken aus. Dies stärkt das Eigenkapital, ist aber weitgehend der einmaligen Rückzahlung der Versorgertaxen durch den Kanton von fast 40 Millionen Franken geschuldet.

Für die SVP ist jeder Rechnungsüberschuss willkommen. Aber der Überschuss darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Finanzlage kritisch ist. Allein die Bruttoschulden – welche verzinst werden müssen – betragen 1,8 Milliarden Franken.

Offenbar ist nach der SVP jetzt auch der Stadtrat zum Schluss gekommen, dass der Finanzhaushalt sanierungsbedürftig ist. Jedenfalls spricht er bei der Rechnungspräsentation von «strukturellen Defiziten» und kündigt «zusätzliche Massnahmen zur Sanierung» an.

Betreffend die konkrete Ausgestaltung bleibt er aber unverbindlich.

Die vom Stadtrat erstellte langfristige Finanzplanung ist tiefrot. Es ist daher offensichtlich, dass die lange Liste der geplanten Investitionen nicht aus Überschüssen finanziert werden kann. Zahlreiche dieser Investitionen werden mit dem Winterthurer Bevölkerungswachstum begründet. Dieses ist aber zu einem Ende gekommen. Die SVP fordert vom Stadtrat eine Überprüfung der Investitionspläne vor dem Hintergrund stagnierender Bevölkerungszahlen.

Die SVP erwartet vom Stadtrat zudem eine konsequente Überprüfung der Leistungsniveaus sowie eine Fokussierung auf effizientere Strukturen und Prozesse. Der Stadtrat verspricht zum dritten Jahr in Folge eine «strikte Priorisierung der Bedürfnisse». Dazu Fraktionspräsident Christian Hartmann: «Die Steuerbelastung ist bereits unerträglich hoch und die Gebühren am Maximum angesetzt. Jetzt muss der Stadtrat endlich bei der Effizienz und bei der Priorisierung der Aufgaben und Investitionen liefern.»

MEDIENMITTEILUNG DER SVP USTER

Jahresrechnung 2025 der Stadt Uster: Schönes Ergebnis – aber auf wackligem Fundament

Die SVP Uster nimmt die veröffentlichte Jahresrechnung 2025 zur Kenntnis. Das auf den ersten Blick positive Ergebnis darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es stark von ausserordentlichen und schwer planbaren Einnahmen geprägt ist. Nachhaltig ist diese Entwicklung nicht. Gleichzeitig zeigt sich einmal mehr ein bekanntes Problem: Die Ausgaben wachsen weiter – und dies deutlich schneller als die Bevölkerung.

Für Gemeinderat Andres Ott ist die Entwicklung beunruhigend: «Der gesamte Aufwand hat den budgetierten Aufwand um 17 Millionen Franken überschritten. Wenn die Ausgaben in diesem Tempo wachsen, während die Bevölkerung nur moderat zunimmt, stimmt die finanzpolitische Richtung nicht.»

Besonders kritisch beurteilt die SVP Uster die Situation bei der Primarschule. Trotz stabiler Schülerzahlen steigen die Kosten seit Jahren markant an. Für Daniel Schnyder, Gemeinderat und Präsident der SVP Uster, ist dies nicht akzeptabel: «Die Kosten der Primarschule liegen mittlerweile bei rund 55 Millionen Franken – das entspricht etwa einem Drittel der gesamten Ausgaben. Gleichzeitig sind sie innert vier Jahren

um fast 20 Prozent gestiegen, obwohl die Schülerzahlen stabil geblieben sind. Das ist nicht nachvollziehbar.»

Der scheinbar gute Abschluss darf zudem nicht darüber hinwegtäuschen, dass die strukturellen Herausforderungen ungelöst bleiben. Die Ausgaben steigen breitflächig, während sich die finanzielle Situation mittel- und langfristig eintrübt. Die wichtigen Finanzkennzahlen bewegen sich in die falsche Richtung.

Für Fraktionspräsident Ueli Schmid ist das Fazit deshalb eindeutig: «Der Überschuss von rund neun Millionen Franken kommt vor allem durch Sondereffekte zustande, etwa bei den Grundstückgewinnsteuern. Entscheidend ist aber: Die strukturellen Ausgaben steigen weiter, und gleichzeitig nimmt die

Verschuldung wieder zu. Das ist keine nachhaltige Entwicklung.»

Die SVP Uster hält fest, dass sie mit ihrer konsequenten Haltung gegen unnötige Ausgaben und immer neue Begehrlichkeiten einen wichtigen Beitrag zu diesem Ergebnis geleistet hat. Wo Ausgaben kritisch hinterfragt und Fehlentwicklungen früh thematisiert werden, lassen sich grössere finanzielle Schiefen verhindern.

Die SVP Uster fordert deshalb eine konsequente Rückbesinnung auf eine bürgerliche Finanzpolitik: sorgfältiger Umgang mit Steuergeldern, klare Prioritäten und eine konsequente Überprüfung der Ausgaben. Nur so bleibt Uster auch langfristig finanziell gesund und attraktiv für seine Bevölkerung.

SVP BEZIRK AFFOLTERN

Stabswechsel bei der SVP des Bezirks Affoltern

Die Delegiertenversammlung der SVP des Bezirks Affoltern hat am 31. März Stefan Locher zum neuen Präsidenten der Bezirkspartei gewählt. Er löst den bisherigen Parteipräsidenten David Vogelsanger ab, der die Partei während sechs Jahren präsidiert hat. Dieser tritt ins Glied zurück, bleibt aber Mitglied der Parteileitung.

Dr. med. Stefan Locher ist Arzt in Zürich, 47-jährig und wohnt in Ottenbach. Er verfügt über politische Erfahrung in seinem Heimatkanton Luzern und in der Stadt Zürich. Der Stabswechsel erfolgt im Zuge einer angestrebten Verjüngung unter den Verantwortungsträgern der Partei.

Dr. David Vogelsanger ist 71-jährig und wohnhaft in Kappel. Historiker und ehemaliger Botschafter. Während der Zeit seines Präsidiums hat die Leitung der Bezirkspartei zusammen mit den Vorständen der neun Sektionen viel erreicht. Der zweite Kantonsratsitz ist bei den Wahlen von 2023 zurückgewonnen worden. Die Ämtler SVP stellt wieder einen Nationalrat. Die Sektionen haben sich in allen Abstimmungen der letzten Jahre tatkräftig für die Grundsätze unserer Partei eingesetzt. Die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes sind die Leitlinien, aus denen die Schwerpunkte Kampf gegen die EU- und NATO-Anbindung, Beschränkung der überbordenden Masseneinwanderung und des Asylmissbrauchs sowie sauberes Haushalten mit den Steuermitteln in Bund, Kanton und Gemeinden abgeleitet sind. In unserem Bezirk kämpft die SVP zusammen mit Unabhängigen energisch gegen die Verschandelung un-



David Vogelsanger (links) und Stefan Locher.

Bild: zVg

serer einzigartigen Natur mit monströsen und ineffizienten Windturbinen.

Unser Land steht vor enormen Herausforderungen. Es gilt, die Neutralität wieder zu respektieren, die verlotterte Armee als wichtigstes Schutzmittel des Staates wieder aufzubauen und der schrankenlosen Einwanderung mit zahlreichen negativen Folgen für die Bevölkerung endlich Einhalt zu gebieten. Die SVP ist für diesen Kampf gut aufgestellt, auch in unserem Bezirk, und sieht den wichtigen Abstimmungen der kommenden Jahre und den Wahlen vom nächsten Jahr in Kanton und Bund mit sehr viel Zuversicht entgegen.

Politik bei Kaffee und Gespräch - direkt, ehrlich, bürgernah.



Dienstag, 14. April 2026

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen: Ruedi Gysi – in Uster kein Unbekannter. Dichter, Denker und Kommentator mit spitzer Zunge und noch spitzerer Feder. Ein Nachmittag mit Wortwitz, Tiefgang und politischer Einordnung.



Dienstag, 12. Mai 2026

Zu Gast ist Dr. Ulrich Schlüer, Chefredaktor der Schweizerzeit. Er spricht zu aktuellen Themen wie 10-Millionen-Schweiz, Neutralität und Unterwerfungsvertrag. Zudem stellt er die Zeitschrift Schweizerzeit näher vor.



Ort: Restaurant Stella del Centro (in Uschter 77) in Uster
Zeit: Treffpunkt jeweils von 14.30 bis 17.00 Uhr
Warum: Weil uns Ihre Meinung interessiert

Eingeladen sind alle – ob spontan Interessierte, Sympathisanten oder langjährige SVP-Mitglieder.



Mis Dorf und mis Dihei!

Öffentlicher Anlass



Ueli Maurer
(mit Bundesrat)



Benjamin Fischer
(Nationalrat)

Unser Team für diesen Abend Gemeinsam sind wir stark



Donnerstag, 30. April 2026

Gemeindscheune
Oetwil adL



19:15 Uhr Eintreffen
19:30 Uhr Referat Teil 1
20:15 Uhr Abendessen (fakultativ)
21:00 Uhr Referat Teil 2
21:45 Uhr Kaffee, Dessert und Ausklang
23:59 Uhr Ende der Veranstaltung



Ghackets & Hörnli inkl. SVP-Dessert
Fr. 20.-

Sitzplatzgarantie und Abendessen
nur auf Voranmeldung:

Gleich anmelden...!



KONZENTRATION AUF DAS WESENTLICHE

Gedanken eines abtretenden Bezirkspräsidenten

Unser Land, und damit auch der Kanton Zürich und unser Zürcher Freiamt, wie ich es gerne mit seinem überlieferten Namen nenne, stehen vor enormen Herausforderungen. Die Weichen werden in den kommenden Jahren gestellt.



David Vogelsanger
Präsident SVP Bezirk
Affoltern 2020–2026
Kappel am Albis

Unserer Partei kommt die Aufgabe zu, dass sie richtig gestellt werden, und zwar so, wie es auf der Abstimmungsfahne steht: «Bewahren, was wir lieben». Das wird kein leichter Kampf, denn wir haben viele Kräfte gegen uns: die Linken mit ihren Illusionen, aber noch viel gefährlicher sind diejenigen, die nur an ihren Geldsack denken und den Bezug zu all dem verloren haben, das unser Land frei, sicher, friedlich und auch wohlhabend gemacht hat.

Wohin steuert unser Land?

Zuerst die Herausforderungen, die wir alle kennen. Erstens: Die Welt ist so unsicher geworden, wie wir uns das noch vor wenigen Jahren kaum vorstellen konnten. Wir alle haben sicher nicht zu denen gehört, die glaubten, der ewige Frieden sei ausgebrochen und unsere Armee, das einzige echte Machtmittel einer freien Schweiz, sei nur noch ein Relikt aus vergangenen Zeiten, ein «Trachtenverein», wie es rotgrüne Politiker damals formulierten, die nie selber mit einem Sturmgewehr in der Kälte gestanden haben. Trotzdem, auch unsere Partei hat lange mitgemacht beim Sparen bei der militärischen Bereitschaft, bei der sogenannten Friedensdividende, bis zum heutigen unhaltbaren Zustand einer verlotterten Armee.

Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit

Zweitens: die ständige und bewaffnete Neutralität, die unserem Land seit über zweihundert Jahren den Frieden sichert. Mindestens vier schwache Bundesräte, geführt von einer EU- und NATO-hörigen Verwaltung, haben diese vor vier Jahren unter dem Druck des Auslands in einem Moment teilweise preisgegeben, als es notwendig gewesen wäre, mutig zu ihr zu stehen, so wie es der Bundesrat 1914 und 1939 getan hat. Das Urteil der Geschichte wird über diese Schwachen nicht günstig lauten.

Wir haben mit der Neutralitätsinitiative reagiert, die noch in diesem Jahr zur Abstimmung kommen wird. Lei-

der ist es verpasst worden, den noch immer zur Neutralität stehenden Parlamentariern der Mitte sowie zwei einsamen Zürcher Stimmen, Ständerat Daniel Jositsch und Nationalrat Hans-Peter Portmann, die mit einem Gegenvorschlag wenigstens den Grundsatz der ständigen und bewaffneten Neutralität in die Verfassung schreiben wollten, entgegenzukommen. Als Mitglied des Initiativkomitees muss ich leider sagen, dass wir vor einem schwierigen Urnengang stehen.

Die Belastungsgrenze ist erreicht

Drittens: die unkontrollierte Masseneinwanderung, die zusammen mit dem hunderttausendfachen Asylmissbrauch das Land in seinen Grundfesten, ich sage sogar in seiner Seele, zu zerstören droht. Auch hier ist die SVP nicht ganz ohne Tadel. Namhafte Exponenten unserer Partei haben lange zur Personenfreizügigkeit ja gesagt, und Peter Spuhler tut es heute noch. Natürlich, für die Arbeitgeber ist es bequem, wenn sie so viele anspruchlosere Arbeitskräfte holen können, wie sie möchten. Dennoch waren wir die ersten, die die Notbremse ziehen wollten, und Volk und Stände haben dazu schon vor zwölf Jahren ja gesagt. Es waren die anderen Parteien, welche die Umsetzung des klaren Auftrags verweigert haben – ein krasser Verfassungsbruch, der in der Geschichte unseres Bundesstaats einzigartig dasteht. Im Juni steht unsere Nachhaltigkeits-Initiative zur Abstimmung, welche die Grenze, eigentlich viel zu spät, bei 10 Millionen ziehen will. In meiner Bubenzeit waren es fünf Millionen, und es ging allen gut.

Ein Entscheid von historischer Tragweite

Viertens: die Absicht von Bundesrat, Parlament und vor allem auch der Verwaltung, uns mit einer unredlichen Salamatik in die Arme der bankrotten EU und der gespaltenen NATO zu treiben. Der Entscheid über den EU-Vertrag, ein wahrer Kolonialvertrag, wird voraussichtlich erst nach den Wahlen des nächsten Jahres, also im Jahr 2028, fallen. Das wird der wichtigste Meilenstein seit dem Nein von Volk und Ständen zum EWR. Es geht diesmal buchstäblich um alles: direkte Demokratie, Rechtsstaat, Eigenständigkeit in unseren Entscheiden und Wohlstand.

Besonders hinterhältig ist die Absicht einer Mehrheit des Bundesrats und leider auch sehr vieler Mitglieder des eidgenössischen Parlaments, diesen Grundsatzentscheid, der viele Bereiche unserer Verfassung tangiert, der erforderlichen Mehrheit der Stände mit einer hanebüchernen pseudojuristischen Argumentation zu entziehen. Wie das Parlament entscheiden wird, wissen wir noch nicht. Wir hoffen, es kommt zur Besinnung, können aber nicht darauf bauen. Deshalb ist die von dritter Seite eingereichte Kompass-Initiative wichtig. Wir müssen alles tun, um dieser Notbremse zum Erfolg zu verhelfen.

Finanzpolitik als Schlüssel

Fünftens: Gesunde öffentliche Finanzen sind auf allen Stufen entscheidend. Wenn sich die anderen Parteien weigern, das überflüssige Fett in ausufernder Bürokratie, Asylunwesen, Sozialmissbrauch und ineffizienter Entwicklungshilfe endlich abzuschneiden und stattdessen der Bevölkerung neue Steuern und Lohnabzüge vorschlagen, hält unsere Partei konsequent dagegen. Das ist richtig und wird sich auch auszahlen. Hier sind wir immerhin nicht ganz allein, sondern haben auch Verbündete in anderen Parteien, die begreifen, dass man nur Geld ausgeben sollte, das man hat. Bei Rotgrün ist der Fall aber klar: Eher würde mein Entlebucher Bläss einen Wurstvorrat anlegen, als dass sie zum Sparen bereit sind.

Eine starke Partei als Voraussetzung

Dies sind also die Herausforderungen, aber wo sind unsere Mittel, um ihnen zu begegnen? Zuerst einmal: Wir sind eine geeinte und auf allen Stufen – Bund, Kanton, Bezirke und Gemeinden – gut aufgestellte und gut geführte Partei. Seit den letzten eidgenössischen Wahlen, zuletzt im Kanton Bern, hat die SVP mit Ausnahme von Uri sämtliche kantonalen Wahlen gewonnen und zusätzliche 49 Sitze in den Parlamenten erobert, die SP 17. Die Grünen haben 27 verloren, die FDP 15, die Grünliberalen 10 und Die Mitte 4. Ich habe keinen Zweifel, dass wir auch in den Zürcher und den eidgenössischen Wahlen nächstes Jahr weiter zulegen.

Die Wahlerfolge in den Kantonen freuen uns alle, aber genügt das? Nein, es genügt nicht! Wir verlieren Abstim-

DAS GESCHÄFT MIT DEM FREIEN PERSONENVERKEHR

Legale Korruption?

Die massive Massenzuwanderung in die Schweiz beruht auf der EU-Personenfreizügigkeit und dem chaotischen Asylwesen. Dabei haben Volk und Stände 2014 die eigenständige Begrenzung der Zuwanderung beschlossen. Doch der Bundesrat und das Parlament setzten sich verfassungswidrig über den Willen des Souveräns hinweg.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Es ist Aufgabe von Bundesrat Beat Jans, endlich etwas gegen die zu hohe Zuwanderung zu tun. Unser kleines Land, in dem gerade einmal 7,5 Prozent der Fläche für Wohngebäude, Industrie, Gewerbe und Infrastrukturen genutzt werden kann, vermag eine jährliche Netto-Zuwanderung von 80 000 bis 100 000 Menschen einfach nicht zu ertragen. Es kommen zu viele und erst noch die Falschen!

Die Nachhaltigkeits-Initiative verlangt, dass der Bundesrat spätestens bei einer Wohnbevölkerung von 9,5 Millionen handeln muss, wenn ein Wachstum auf 10 Millionen vor 2050 ersichtlich ist. Wie er das erreichen will, ist

ihm überlassen. Ob er endlich die Missstände im Asylwesen beheben oder die freie Zuwanderung einschränken will, kann er selber entscheiden! Doch die Initiative verlangt, dass insbesondere Bundesrat Jans und seine vielen, vielen Mitarbeiter endlich arbeiten!

Auch Gewerkschaften und Arbeitgeber schiessen gegen die Initiative. Warum? Nicht zuletzt, weil die Gewerkschaften unglaublich viel Geld mit dem freien Personenverkehr verdienen – angeblich zur Überwachung der sogenannten flankierenden Massnahmen. Wer bezahlt das? Jeder Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Gewerkschaften haben Angst, dass ihnen die goldenen Felle davonschwimmen.

Aber die «legale Korruption» geht noch weiter: Auch die Arbeitgeberverbände füllen sich mit der Überwachung der flankierenden Massnahmen mit vielen, vielen Millionen die Taschen. Ist das nicht schon eine «legale Korruption»?

mungen, viel zu viele, und die sind in der direkten Demokratie wichtiger als die Wahlen. Es ist klar: Wir stehen in den meisten Fällen allein gegenüber einer Front von FDP bis Rotgrün. Nur gerade in der Finanzpolitik ist auf die orientierungslos gewordenen und internationalistisch gesinnten Freisinnigen noch einigermaßen Verlass, teilweise auch auf die serbelnde GLP. In den meisten anderen Fällen, und zwar in den wichtigsten, gilt: alle gegen die SVP.

Klarer Kurs statt Nebenschauplätze

Gerade deshalb ist politische Disziplin entscheidend. Damit meine ich nicht etwa Gehorsam gegenüber der Parteiführung, ganz im Gegenteil. Man wirft uns ja immer wieder vor, wir seien eine autoritär geführte Partei. Das ist vollkommener Blödsinn. Nein, ich meine etwas ganz anderes – nämlich Konzentration auf das Wesentliche, die vorher erwähnten Schwerpunkte Freiheit, Unabhängigkeit, Sicherheit, Neutralität, Masseneinwanderung und Asylmissbrauch sowie gesunde öffentliche Finanzen. Lassen wir die Finger von Ne-

benschauplätzen wie Initiativen gegen das Staatsfernsehen! Wir alle ärgern uns darüber, aber es ist eine Nebensache, und die Jungen ignorieren es sowieso. Auch eine kantonale Mietinitiative scheint mir keine gute Idee. Nur weil die Linken mit einer Mietinitiative nach der anderen kommen, im kommenden Juni sogar mit zwei, müssen wir das nicht auch tun. Wir verzetteln uns damit, und mit einem Inländervorang bei Mietverträgen weichen wir zudem von der bewährten Linie einer liberalkonservativen Partei ab, konservativ im Sinn von «Bewahren, was wir lieben», liberal im Sinn der Wirtschaftsfreiheit, die das Land erfolgreich gemacht hat.

Also, den Kurs konsequent halten, sich auf die wirklichen Schwerpunkte beschränken, ignorieren, was die Medien über uns schreiben, nicht aufs sogenannte «Image» schielen, sich nicht beliebt machen wollen, die richtige Sache vor Pöstli stellen, sich nicht auf Nebenschauplätzen verzetteln. Damit wird unsere Partei weiter erfolgreich sein.

SVP USTER

Endspurt für die Gemeindewahlen in Uster

Eine Woche vor den Wahlen vom 12. April befindet sich die SVP Uster im Endspurt.

Mit Standaktionen und direktem Austausch mit der Bevölkerung wird nochmals intensiv mobilisiert. Die Botschaft ist klar: Jede Stimme zählt – denn nur mit einer starken SVP kann die bürgerliche Politik in Uster wieder mehr Gewicht erhalten.

Gerade jetzt zeigt sich, wie wichtig es ist, Verantwortung zu übernehmen

und an die Urne zu gehen. Wer nicht wählt, überlässt anderen die Entscheidung.

Darum: Liste 2 unverändert einlegen – für eusi Lütü.

Daniel Schnyder,
Gemeinderat und
Präsident SVP Uster



Nutzen Sie Ihr Wahlrecht und stärken Sie diesen Sonntag die SVP.

Bild: zVg

SVP STÄFA

Ostereier in Stäfa im Zeichen der Nachhaltigkeits-Initiative

Am Ostersonntag lud die SVP Stäfa wieder zum Eiertütchen ein. Unterstützt wurden wir von Nationalrätin Nina Fehr Düsel (Küsnacht) und Kantonsrat Tobias Infortuna (Egg), thematisch widmeten wir uns dieses Jahr der Nachhaltigkeits-Initiative.

In den vielen Gesprächen kamen die gestiegenen Wohnkosten, explodierende Kriminalität und der Dichtestress im Verkehr auf. Die Nachhaltigkeits-Initiative ist die überfällige Antwort auf all diese Probleme. Ist sie «zu extrem», wie die Gegner behaupten? Überhaupt nicht!

Die Zuwanderung anhand der eigenen Bedürfnisse zu steuern, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit für jeden

«Mit einem JA kann der Druck auf Bundesrat und Parlament aufrechterhalten werden.»

Staat. Wäre die von Volk und Ständen angenommene Masseneinwanderungsinitiative aus dem Jahr 2014 vom Parlament umgesetzt worden, wäre jetzt die Nachhaltigkeits-Initiative nicht nötig. Es geht jetzt darum, den Druck auf Bun-



Das Eiertütchen stand dieses Jahr im Zeichen der Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!».

Bild: zVg

desrat und Parlament aufrechtzuhalten, die Zuwanderung endlich wieder in den Griff zu bekommen.

Lukas Bubb,
Präsident SVP Stäfa

Fadegrad

von
Anita Borer**Linke Rezepte verderben den Kuchen**

Eine 3-Zimmer-Wohnung. Eine Wohnungsbesichtigung. 30 Leute. Wer heute eine Wohnung sucht, kennt solche Szenen und fragt sich: Wie konnte es so weit kommen?

Am 14. Juni stimmen wir über mehrere Vorlagen ab. Auf den ersten Blick haben sie wenig miteinander zu tun: Auf eidgenössischer Ebene entscheiden wir über die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!», auf kantonaler Ebene unter anderem über zwei linke Wohn-Initiativen. Doch in Wahrheit hängen sie direkt zusammen. Denn beide drehen sich um dieselbe Frage: Bekämpfen wir die Symptome – oder lösen wir die Ursache? Die Realität ist simpel. Die Schweiz wächst rasant. Jahr für Jahr kommen Zehntausende Menschen dazu. Mehr Menschen brauchen mehr Wohnungen. Mehr Infrastruktur. Mehr Platz. Das ist einfache Mathematik. Oder anders gesagt: Der Kuchen wird nicht grösser – aber es wollen immer mehr ein Stück davon haben. Letztlich werden die Stücke für den Einzelnen kleiner, teurer und schlechter.

Und genau hier liegt der Kern des Problems. Die von linken Kreisen lancierten Wohn-Initiativen setzen am falschen Ort an. Sie fordern mehr Staat und mehr Eingriffe in den Wohnungsmarkt. Sie wollen die Mieten staatlich regulieren. Damit lösen sie die Probleme nicht, sondern verschärfen sie: Wenn sich Bauen und Renovieren weniger lohnen, wird weniger investiert. Neue Wohnungen entstehen nicht, bestehende Wohnungen verlieren an Qualität.

Oder um bei der Analogie zu bleiben: Der Kuchen wird nicht grösser. Die Stücke werden auch nicht besser. Sie kosten vielleicht – staatlich reguliert – gleich viel wie vorher, verlieren dafür aber deutlich an Qualität.

Wenn wir die Wohnungsknappheit wirklich bekämpfen wollen, müssen wir ehrlich sein: Der zentrale Treiber ist die unkontrollierte Zuwanderung. Solange jedes Jahr mehr Menschen ein Stück vom Kuchen wollen, bleibt der Druck auf den Wohnungsmarkt bestehen. Egal, wie man die Stücke schneidet. Egal, wie stark man die Preise reguliert. Genau darum braucht es die Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!». Sie bringt das Wachstum wieder ins Gleichgewicht – pragmatisch und wirksam: Zuwanderung ja, aber so, dass unser Land sie auch verkraftet. Am 14. Juni geht es deshalb um eine wichtige Entscheidung. Wer keine linken Rezepte will, muss folgenden Abstimmungsparolen folgen, denn sie hängen unmittelbar zusammen:

JA zur Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!». 2x NEIN zu den linken Wohn-Initiativen.

Denn eines ist sicher: Linke Rezepte verderben den Kuchen.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Zwischen Bauordnung und Bürokratie: Bürger fühlen sich alleingelassen – Stadtrat muss handeln

Die angekündigte Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) der Stadt Zürich sowie die damit verbundene Mehrwertprognose sorgen bei vielen betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern für erhebliche Verunsicherung.

Michele Romagnolo
Gemeinderat SVP
Zürich

Zwar hat das Amt für Städtebau ein Informationsschreiben verschickt – doch dieses wirft mehr Fragen auf, als es beantwortet. Für Laien bleibt unklar, was eine Änderung der Wohnzone konkret bedeutet und welche finanziellen Konsequenzen durch die Mehrwertabgabe entstehen können.

Bürger werden sich selbst überlassen

Klar ist: Durch eine Umzonung kann ein Grundstück künftig besser genutzt werden, was in der Regel zu einem höheren Landwert führt. Die Stadt Zürich erhebt auf einen Teil dieses Landwertgewinns – also auf den entstandenen Mehrwert – eine sogenannte Mehrwertabgabe. Die gesetzlichen Grundlagen dafür sind im kantonalen Mehrwertausgleichsgesetz festgelegt. Der Mehrwert selbst ergibt sich aus der Differenz zwischen dem ermittelten Verkehrswert eines Grundstücks vor und nach der Umzonung. Doch genau diese Zusammenhänge sind komplex und keineswegs allgemein bekannt – insbesondere nicht für Bürgerinnen und Bürger ohne juristischen oder planerischen Hintergrund.

Umso unverständlicher ist der Umgang mit berechtigten Rückfragen aus der Bevölkerung. Wer versucht, telefonisch Auskunft zu erhalten, wird nicht beraten, sondern schlicht auf die Web-

seite der Stadt verwiesen – und dies wiederholt, ohne Alternative. Eine persönliche Erklärung? Fehlangeige. Eine Weitervermittlung an eine zuständige Fachperson? Wird verweigert.

Dieses Verhalten ist mehr als nur schlechter Service – es ist eine systematische Abwälzung von Verantwortung auf die Bürgerinnen und Bürger. Gerade bei komplexen und rechtlich relevanten Themen wie der BZO-Revision ist es unhaltbar. Menschen sich selbst zu überlassen. Nicht alle sind digital versiert, nicht alle können sich durch juristische Fachtexte klicken. Ältere Menschen oder Personen ohne sicheren Internetzugang werden so faktisch ausgeschlossen.

Das ist kein Nebenschauplatz, sondern ein ernsthaftes Problem des Service public. Eine Verwaltung, die informiert, aber nicht erklärt, verfehlt ihren Auftrag. Wer Schreiben verschickt, muss auch bereit sein, Fragen zu beantworten – verständlich, direkt und zugänglich.

Stadt schuldet ihren Bürgern Respekt

Die Forderung ist deshalb klar: Der Stadtrat darf sich nicht länger hinter Webseiten verstecken. Er ist in der Pflicht, umgehend eine kompetente telefonische Anlaufstelle einzurichten – eine echte Hotline, die erreichbar ist, Zeit hat und verständliche Antworten

liefert. Kein Verweisen, kein Abschieben, sondern Beratung.

Es geht dabei nicht um Luxus oder Zusatzleistungen, sondern um eine minimale Grundhaltung gegenüber der Bevölkerung: Respekt, Erreichbarkeit und Transparenz. Eine Stadt wie Zürich, die sich gerne als modern und bürgernah präsentiert, muss genau hier liefern.

Die BZO-Revision wird weitreichende Auswirkungen auf Eigentum und Lebensplanung vieler Menschen haben. Umso mehr ist es Aufgabe der Behörden, diese Menschen nicht im Unklaren zu lassen. Der Stadtrat muss jetzt handeln – verbindlich, klar und ohne weitere Verzögerung. Alles andere wäre ein Armutszeugnis für eine öffentliche Verwaltung, die den Anspruch hat, für alle da zu sein.



Dieses Verhalten der Stadt ist mehr als nur schlechter Service – es ist eine systematische Abwälzung von Verantwortung auf die Bürgerinnen und Bürger.

Bild: Adobe Stock

AUS DEM STADTPARLAMENT ILLNAU-EFFRETIKON

Gemeindewahlen 2026 – Erfolgsrezept und Learnings

Während in manchen Gemeinden die Wahlen am kommenden Sonntag, 12. April, noch bevorstehen, durfte in Illnau-Effretikon die SVP bei den Gemeindewahlen bereits einen grossen Erfolg feiern. Mit dem Wiedereinzug in den Stadtrat und den neu 12 von 36 Sitzen im Stadtparlament (+3) haben wir unsere Ziele erreicht und teilweise übertroffen.

Simon Binder
Designer Stadtrat SVP
Illnau-Effretikon

Dieser Fortschritt ist das Resultat harter Knochenarbeit und einer klaren Strategie aller Beteiligten. Die Learnings aus diesem Wahlkampf bieten Ansätze für die künftige politische Arbeit – auch über unsere Gemeindegrenzen hinaus.

Starkes Team – richtige Strategie

Der wichtigste Faktor war der geschlossene Auftritt. Das Wahlkampfteam ein-

schliesslich der Kandidaten für die Exekutive arbeitete hervorragend zusammen. Während andere Parteien jeweils Dutzende Köpfe für die unterschiedlichsten Behördenämter wild vermischten, standen unsere zwei Stadtratskandidaten stets im Fokus der Kampagne. Bei der Gestaltung der Werbeunterlagen darf man sich hier keinesfalls verzetteln, nur weil man es allen recht machen möchte.

Eine weitere Erkenntnis: Auch mit einem kostenbewussten Budget kann man gewinnen. Statt teurer Zeitungsinserte setzten wir auf eine eigene Wahlkampfzeitung sowie gezielt auf F4-Plakate und Blachenwerbung auf Baustellengittern an privaten Standor-

ten. Da wir den besten Zugang zu den Bauernfamilien haben, müssen wir diesen Trumpf gezielt ausspielen. Und da die Kantonalpartei flächendeckend APG-Werbung einsetzte, ergänzte sich diese Vorgehensweise optimal. Weiter setzten wir mit unseren Give-aways wie bedruckten Konfitüren eines lokalen Hofladens ein glaubwürdiges Bekenntnis für das lokale Gewerbe und unsere regionalen Stärken.

Verbesserungspotenzial für die Zukunft

Trotz des Erfolgs lief nicht alles optimal. So lastete zum Beispiel die Wahlkampfzeitung auch bei uns auf wenigen Schultern. Und als wäre der Wahlkampf nicht schon stressig genug, war der grassierende Vandalismus ein grosses Ärgernis. Zahlreiche unserer Plakate wurden systematisch beschädigt. Wir haben jeden Vorfall konsequent zur Anzeige gebracht. Die beschädigten Plakate ersetzen wir mit den von der Kantonalpartei zur Verfügung gestellten «Vandalen-Plakaten». Mit dem sympathischen Spruch «Lieber wählen als Plakate zerstören!» machen wir das Problem auf charmante Weise sichtbar, ohne aggressiv zu wirken.

Ein zeitliches Learning betrifft die Planung. Unsere Vorlaufzeit von drei Monaten war zu kurz und führte zu enormem Stress, der nur durch nächtliche Blitzaktionen aufgefangen werden konnte. Eine wirklich solide Kampagne muss fünf bis sechs Monate vor dem Termin aufgegleist werden. Die richti-

gen Köpfe für die künftigen Kandidaturen müssen also rechtzeitig gefunden werden. Hier gilt mehr denn je: Nach den Wahlen ist vor den Wahlen – die Kandidatensuche für die Gemeindewahlen 2030 hat demnach bereits begonnen.

Gleichzeitig mahnt uns der Fall einer Illnau-Effretiker SP-Parlamentarierin zur Vorsicht, die wegen antijüdischen Twitter-Beiträgen während des laufenden Wahlkampfes von ihrer Partei ausgeschlossen wurde. Schadenfreude ist hier unangebracht, denn eine solche Krise kann jede Partei treffen und die Medien warten nur darauf, dass sich auch in unseren Reihen jemand angreifbar macht. Obschon die Kandidatensuche bekanntermassen auch so schon herausfordernd ist und wir engagierte Köpfe mit «Handkuss» nehmen, sind unsere Findungskommissionen gefordert, Kandidaturen künftig noch gründlicher zu prüfen.

Verantwortung wahrnehmen und mobilisieren

Der Wahlsieg bringt Verantwortung mit sich. Wir müssen jetzt liefern, damit das Pendel in vier Jahren nicht wieder nach links ausschlägt. Dieser Tatendrang muss uns alle erfassen – besonders im Hinblick auf den kommenden Sonntag, den 12. April 2026. Dann finden in weiteren Zürcher Gemeinden wichtige Wahlen statt. Die bürgerliche Wende ist möglich, das hat Illnau-Effretikon bewiesen! Nutzen wir diese Learnings für den Endspurt. Gehen Sie auf die Strasse und mobilisieren Sie Ihr Umfeld. Jede Stimme zählt, um unsere Gemeinden wieder auf einen bürgerlichen Kurs zu bringen. Packen wir es gemeinsam an!



Das Plakatsujet der Kantonalpartei gegen Vandalismus traf in der Stimmbewölkerung einen Nerv.

Bild: Simon Binder

PILOTPROJEKT LÄUFT AN

Fährt der öffentliche Verkehr im Weinland bald autonom?

Im Zürcher Weinland soll der Nutzen von automatisierten Mobilitätsangeboten für ländliche Gebiete ermittelt werden. Entsprechend sind die Delegierten der Zürcher Planungsgruppe Weinland (ZPW) über das Projekt informiert worden.

RoMü. Das automatisierte Fahren ist in der Schweiz nicht neu. «Es hat bereits 2016 in Sitten einen Versuch gegeben. Aktuell laufen Versuche im Furttal und in Arbon», rief Christiane Dasen vom kantonalen Amt für Mobilität den Delegierten der ZPW jüngst in Erinnerung. Der laufende Versuch im Zürcher Unterland wird auf einer Strecke von 110 Kilometern zwischen Regensdorf und Würenlos durchgeführt. Dabei kommen in diesem Pilotprojekt sechs bis acht automatisierte Fahrzeuge mit Personewagen und Kleinbussen im Normalverkehr ohne Sicherheitsfahrer, aber unter Aufsicht zum Einsatz. Dabei sollen der mögliche Mehrwert für den ÖV aufgezeigt und das Geschäftsmodell bezüglich Angebot, Kosten oder Betrieb verstanden werden. Nach Abschluss aller Tests könnte dann der Betrieb für die Öffentlichkeit starten. Dasen sprach davon, dass danach eine zweijährige Betriebsphase mit Kleinbussen folgen soll.

Nun soll auch das Zürcher Weinland zu einem Testgelände für das automatisierte Fahren werden. «Wir wollen den Nutzen von automatisierten Mobilitätsangeboten für ländliche Gebiete ermitteln», führte Dasen aus. Beteiligt sind dabei nebst ihrem Amt die SBB, das ARE, der ZVV zusammen mit PostAuto sowie die Region Weinland. Für das Testgebiet ist das Weinland bestimmt worden, weil der ÖV im Weinland im Vergleich zu anderen Regionen einen sehr tiefen Wert aufweist. Zusätzlich hat auch der Umstand zum Entscheid für diese Region beigetragen, dass einzelne Wohngebiete, Freizeiteinrichtun-

gen oder Naherholungsgebiete unzureichend oder gar nicht erschlossen sind.

Arbeitsschritte sind vorgegeben

Doch bis die ersten autonom fahrenden Fahrzeuge durch das Weinland kurven, braucht es noch mehrere Arbeitsschritte. Zuerst müssen die Angebotsformen definiert und die begleitenden erforderlichen Massnahmen evaluiert werden. Danach sind die Angebotskonzepte hinsichtlich Potenzial und Risiken zu bewerten. «Wir werden aber auch die Herausforderungen und Hürden bei der Umsetzung benennen. Es liegt auch bereits ein erster Zeitplan vor. So ist geplant, das Projekt im April an ein externes Büro zu vergeben», so Dasen. Man erhofft sich, dass im vierten Quartal der Abschluss der Studie vorliegen wird.

Für die Projektmitwirkenden sind verschiedene mögliche Einsatzformen von automatisierten Fahrzeugen im öffentlichen Verkehr denkbar. Dasen verwies auf den Ersatz für den regulären Linienbetrieb. Auch ein Rufbus in der Fläche und Ergänzung zum Linienbetrieb ist denkbar. Sie sprach aber auch von Mischformen, je nach Tageszeit und Nachfrage. «Zusammen mit den erwarteten tieferen Betriebskosten von automatisierten Fahrzeugen können neue Angebotskonzepte wirtschaftlicher, effizienter und flexibler betrieben werden», betonte Dasen.

Ziel und Inhalt der Potenzialstudie

Dasen definierte das Ziel der nun angestossenen Potenzialstudie, bei der das

Weinland als Beispielgebiet dient. Grundsätzlich ist der mögliche Nutzen von neuen automatisierten Mobilitätsangeboten für den ländlichen Raum zu ermitteln. «Es sind verschiedene Angebotskonzepte mit automatisierten Fahrzeugen im öffentlichen Verkehr ergänzend zum zukünftigen Bahnverkehr zu definieren und nach ihrem Potenzial wie auch nach den Risiken zu bewerten», führte sie aus. Dabei soll davon ausgegangen werden, dass alle Fahrzeuge vollständig automatisiert betrieben werden können.

Dasen sprach zudem von den nun geplanten weiteren Arbeitsschritten. Zuerst werden konkrete Angebotsformen und -konzepte in Varianten und Szenarien ausgearbeitet. Danach werden Varianten auf der Basis eines Tools der SBB modelliert und simuliert. In einem weiteren Schritt werden die Angebotskonzepte hinsichtlich Potenzial und Risiken bewertet und verglichen. Daraus lassen sich dann die erforderlichen Massnahmen evaluieren sowie die Herausforderungen und Hürden bei der Umsetzung benennen. Schlussendlich sprach Dasen auch von den politischen Zielen und Kundennutzen sowie den Kosten. Dabei werden die Kosten per Personenkilometer sowie die Auslastung und Leerfahrten verglichen. Die Tarife und Kosten für die ÖV-Nutzer und die Besteller bezüglich Kostendeckungsgrad werden jedoch ein Thema sein. Zudem gilt es, auch den Flächenbedarf für das Abstellen, das Laden und die Reinigung zu thematisieren.



Das Weinland dient als Versuchsregion für das automatisierte Fahren von öffentlichen Verkehrsmitteln, es wird aber noch einige Zeit dauern, bis das Postauto ohne Chauffeur unterwegs sein wird.

Bild: zVg

LESERBRIEF

Teurere ÖV-Tickets wegen ungebremster Massenzuwanderung – die 10-Millionen-Schweiz wird teuer

Wieder einmal sollen die Pendler und treuen ÖV-Nutzer die Zeche zahlen: Ab Dezember 2026 werden Bahn- und ÖV-Tickets im Schnitt um 3,9 Prozent teurer, das Generalabonnement sogar deutlich stärker. Die Alliance SwissPass begründet dies mit höheren Energie-, Personal- und Materialkosten sowie notwendigen Investitionen. Das mag vordergründig stimmen. Doch der eigentliche Grund wird elegant verschwiegen: die ungebremste Bevölkerungsexplosion der Schweiz.

Je mehr Menschen ins Land strömen, desto voller werden die Züge, desto grösser die Infrastrukturprobleme und desto höher die Kosten. Statt das Wachstum zu bremsen, schiebt die Politik die Rechnung einfach auf die Nutzer ab – mit höheren Preisen und später wohl auch höheren Steuern. Wer

treu mit dem GA pendelt, wird besonders bestraft. Genau das kritisieren Branchenkenner wie Jonas Bommer zu Recht: Solche Preiserhöhungen sind mit den Klimazielen der Schweiz nicht vereinbar. Wer die Leute aus dem ÖV vertreibt, fördert letztlich mehr Autoverkehr.

Der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) und der Konsumentenschutz beklagen zu Recht, dass der Bund auf Kosten der Passagiere spart. Doch sie verschweigen die wahre Ursache: Eine Politik der offenen Grenzen, die die Schweiz in Richtung 10-Millionen-Schweiz treibt. Mehr Einwohner bedeuten mehr Verkehr, mehr Überlastung und höhere Preise – ein Teufelskreis.

Genau dagegen richtet sich die SVP-Nachhaltigkeits-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!». Sie fordert, das Bevöl-

kerungswachstum endlich zu steuern und die ständige Wohnbevölkerung bis 2050 bei maximal 10 Millionen zu halten. Wer einen bezahlbaren, pünktlichen und attraktiven öffentlichen Verkehr will, muss das unkontrollierte Wachstum stoppen. Sonst wird der ÖV für Normalverdiener immer unerschwinglicher – und die Klimaziele bleiben leeres Gerede.

Die Wahl ist klar: Entweder wir akzeptieren eine immer teurere, überfüllte Schweiz – oder wir stimmen am 14. Juni JA zur Nachhaltigkeits-Initiative und sorgen dafür, dass der öffentliche Verkehr auch in Zukunft für die Schweizerinnen und Schweizer bezahlbar bleibt.

Chaim Stolz, Dübendorf

LESERBRIEF

Bevölkerungsentwicklung: Zur Abstimmung über die Nachhaltigkeits-Initiative vom 14. Juni

Ich bin mit Bus und Tram in meiner Heimat, in der Schweiz, unterwegs, spazierte die Strassen entlang und fragte mich: Wo bin ich? Ich komme mir vor, als wäre ich beim Turmbau zu Babel: so viele verschiedene Sprachen, so viele Menschen. Es ist befremdend, ich fühle mich unwohl.

Die jährlich hohe Zuwanderung belastet. Der Platz wird enger, immer mehr muss gebaut werden, die ganze Infrastruktur platzt aus allen Nähten. Mehr Wohnungen, mehr Schulen, mehr Spitäler, mehr Fachpersonal, mehr, mehr, immer mehr!

Was bringt uns das? Überfüllte Trams, Busse und Züge, kein bezahlbarer Wohnraum mehr für unsere eigenen Leute, sinkendes Bildungsniveau in den Schulen, noch mehr Fachpersonalmangel

trotz Zuwanderung, steigende Kosten, sinkende Lebensqualität, erhöhte Kriminalität, ein Verlust an Sicherheit, Kantons- und Bundeskassen werden immer leerer. Unsere Kultur und unsere Werte werden missachtet.

Ich fühle mich eingeengt, unverstanden und unsicher im eigenen Land. Tatsache ist, dass wir 16 Mal schneller wachsen als unser grosser Nachbar Deutschland und mittlerweile einen Ausländeranteil von 28 Prozent haben. Ist das gesund? Ich denke nicht – diese masslose Zuwanderung muss endlich gebremst werden. Darum ein JA zur Nachhaltigkeits-Initiative am 14. Juni 2026.

Heidi Jucker, Adliswil





SVP Wetzikon lädt zum öffentlichen Anlass für jedermann in der FBW Wetzikon ein
(Franz Brozincevic & Cie. A.G.)

Ablauf

| | |
|--------|--|
| 10:30h | Apéro / Kaffee und Gipfeli, offeriert von der SVP Wetzikon |
| 11:00h | Start der Führung (Verein FBW Museum) |
| 11:45h | Mittagessen vom Grill |
| 13:00h | Referate (NR Martin Hübscher & KR Daniel Wäfler) |
| 14:00h | Kaffee und Dessert, offeriert von der SVP Wetzikon |
| 15:00h | Gemütlicher Ausklang und Ende |

Blicke ins FBW Museum



Eine Anmeldung ist aus logistischen Gründen erforderlich

Anmeldungen bitte an:
Markus Rebsamen, m.rebsamen@svp-wetzikon.ch, 079 607 59 57
bis spätestens zum: **Montag, 27. April 2026**

Freiwillige gesucht für Getränkeauschank & Service
Bitte ebenfalls mit der Meldung an Markus Rebsamen.

Wir freuen uns auf einen gemütlichen
1. Mai 2026, ohne Demo und ohne Krawalle.



SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

Jobs
Möglichkeiten, für die SVP zu arbeiten.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Lokalität gemäss www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14.30 – 17.00 Uhr, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster. Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss <https://event.evagic.com/svp-uster>.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamedingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Verträge, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident.

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Verträge, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident.

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Verträge, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident.

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Verträge, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident.

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Verträge, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident.

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Verträge, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident.

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Verträge, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident.

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Verträge, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident.

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Verträge, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident.

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Verträge, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident.

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Verträge, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident.

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Verträge, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident.

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Verträge, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident.

SVP-STÄMME

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf, Regensberg und Steinmaur
Jeden Dienstag, ab 17.30 Uhr, Gasthof zum Kreuz, Bachserstrasse 7, Steinmaur.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

EINLADUNG
zur Delegiertenversammlung
Dienstag, 14. April 2026, 19.30 Uhr
Mehrzweckhalle Eichi, Grafschaftstrasse 57, 8172 Niederglatt

- Vorprogramm**
Türöffnung und Verpflegung ab 18.30 Uhr, Vorprogramm ab 18.45 Uhr
- Geniessen Sie heissen Schüblig oder Wienerli mit «Werni's» Kartoffelsalat, Niederglatter-Hofglacé und Kuchenbuffet
 - Musikalischer Auftakt durch die Spielgemeinschaft «Spiegelglatt» bestehend aus dem Musikverein Harmonie Niederglatt und dem Musikverein Oberglatt
 - Begrüssung durch Mike Glättli, Sektionspräsident Niederglatt

- Traktanden**
- Begrüssung und Standortbestimmung** Parteipräsident
 - Wahl der Stimmzähler** Parteipräsident
 - Eidg. Abstimmungsvorlagen vom 14. Juni 2026**
 - Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeits-Initiative)» NR Thomas Matter / NR Martin Hübscher
 - Änderungen Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz) Parolenfassung NR Mauro Tuena

- P A U S E mit Verpflegungsmöglichkeit**
- Kantonale Abstimmungsvorlagen vom 14. Juni 2026 - Parolenfassung**
 - Änderung vom 15. September 2025 Kantonsverfassung (Vertretung von Kantonsratsmitgliedern) KR Roman Schmid
 - Volksinitiative «Wohneigentum wieder ermöglichen (Wohneigentums-Initiative)» KR Markus Bopp
 - Volksinitiative für mehr günstige und gemeinnützige Wohnungen («Wohnungsinitiative») KR Markus Bopp
 - Volksinitiative «Bezahlbare Wohnungen schützen. Leerkündigungen stoppen (Wohnschutz-Initiative)» KR Markus Bopp
 - Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock: Für eine automatische Entlastung bei den Krankenkassenprämien» KR Paul Mayer
 - Rechnung 2025 / Budget 2026** KR Patrick Walder, Kassier
 - Verschiedenes**

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertatannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, insertate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Montag, 22. Juni 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Gemeindesaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit Nationalrat Franz Grüter.

Bezirk Affoltern/Mettmenstetten
Freitag, 17. April 2026, 19.30 Uhr, Sessionsrückblick, Pfarrhauskeller, Albisstrasse 10, Mettmenstetten, mit Nationalrat Martin Haab.

Bezirk Andelfingen/Flaach
Samstag, 27. Juni 2026, 18.00 Uhr, Sommerfest, Worbighalle, Botzengasse 15, Flaach, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz.

Bezirk Andelfingen/Laufen-Uhwiesen
Freitag, 3. Juli 2026, 18.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Schützenhaus, Steinerberg 313, Uhwiesen, mit Nationalrat Martin Hübscher.

Bezirk Bülach/Wil
Sonntag, 10. Mai 2026, 10.00 Uhr, Frühschoppen, Weingut, Sonnenberg 1, Wil, mit Nationalrätin Therese Schläpfer.

Bezirk Dielsdorf/Dänikon
Dienstag, 12. Mai 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung zur Nachhaltigkeits-Initiative, Anna Stüssi Haus, Oberdorfstrasse 3, Dänikon, mit Nationalrat Thomas Matter.

Bezirk Dielsdorf/Otelfingen
Montag, 18. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium zur Nachhaltigkeits-Initiative, Saal Kirchgemeinde, Vorderdorfstrasse 36, Otelfingen, mit Nationalrätin Barbara Steinemann und Kantonsrat Markus Bopp. Anschliessend Apéro.

Bezirk Dielsdorf/Regensdorf
Freitag, 1. Mai 2026, 12.00 Uhr, Tag der Arbeit, Dorfstrasse, Watt, mit Nationalrat Benjamin Giezendanner.

Bezirk Dielsdorf/Stadel
Samstag, 9. Mai 2026, 11.00 – 16.00 Uhr, SVP-Stand am Frühlingmarkt, Dorfkern, Stadel.

Bezirk Dietikon/Oetwil an der Limmat
Donnerstag, 30. April 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung zur Nachhaltigkeits-Initiative, Gemeindescheune, Schmittengasse 5, Oetwil an der Limmat, mit Nationalrat Benjamin Fischer und Alt Bundesrat Ueli Maurer. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-oetwil-geroldswil.ch.

Bezirk Meilen/Küsnacht
Dienstag, 26. Mai 2026, 19.00 Uhr, Sessionsrückblick, Schützenstube, Hesligenstrasse 115, Küsnacht, mit den Nationalräten Nina Fehr Düsel und Mauro Tuena.

Bezirk Meilen/Meilen
Mittwoch, 6. Mai 2026, 19.15 Uhr, Podium zur Nachhaltigkeits-Initiative, Restaurant

Löwen, Seestrasse 595, Meilen, mit Nationalrat Thomas Matter und den Kantonsräten Marion Matter und Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich. Anschliessend Apéro.

Bezirk Meilen/Oetwil am See
Freitag, 10. April 2026, 20.30 Uhr, Referat, im Anschluss an die Generalversammlung, Landgasthof Sternen, Esslingerstrasse 1, Oetwil am See, mit Regierungsrätin Natalie Rickli.

Bezirk Meilen/Zollikon
Montag, 11. Mai 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Reformiertes Kirchgemeindehaus, Rössli-rain 2, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Bezirk Pfäffikon/Illnau-Effretikon
Mittwoch, 15. April 2026, 19.00 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Nüssli AG, Braustrasse 7, Agasul, mit Nationalrat Benjamin Fischer.

Bezirk Winterthur/Seuzach
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Mehlhüsli, Stationsstrasse 2, Seuzach, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 9. Mai 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenhühlweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 16. Mai 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschiachplatz, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 6. Juni 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenhühlweg, Zürich-Höngg.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 14. April 2026, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Mehrzweckhalle Eichi, Grafschaftstrasse 57, Niederglatt. Zur Einladung

Samstag, 25. April 2026, 09.30 Uhr, SVP-Academy, Restaurant Sonnentel, Zürichstrasse 94/96, Dübendorf. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp.ch/svp-academy.

Mittwoch, 6. Mai 2026, 15.00 Uhr, Veranstaltung zur Nachhaltigkeits-Initiative des Vereins für aktive Senioren, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich, mit Nationalrat Thomas Matter.

Samstag, 26. September 2026, bis Sonntag, 27. September 2026, 18.30 Uhr, SVP-Schiessen 2026, Vorschüssen am Samstag, 12. September 2026, Schiessplatz Steinacker, Marthalen. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-schiessen.ch.

Sie lieben die Schweiz?

Treten Sie noch heute der SVP bei und setzen Sie sich für unser Land ein.

